

FDP
Die Liberalen



SCHWYZER FREISINN

Schwyz	2/3/4	Unter Freisinnigen	11	Leidenschaft in der Politik	16	Abstimmungen	18/19/20/21
Jungfreisinnige	6/7	Delegiertenversammlung	12/13	Positionspapier	17	Volksinitiative	23

5. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen Schwyz

Inhalt

Präsidentwort von Petra Gössi
Seite 2

Die Fraktion bei der Polizei
Seite 3

Vorankündigung

Herbstanlass mit Karin Keller-Sutter
Seite 4

FDP. Die Liberalen Lachen
Seite 4

Angriff von allen Seiten

Der Schweizer Finanzplatz steht unter Druck. Diskussionen um den automatischen Steuerausgleich sind an der Tagesordnung, neue Abkommen mit unterschiedlichen Ländern werden laufend ausgehandelt. Die FDP bleibt in dieser hektischen Situation ruhig und steht zu ihren Forderungen zur Weissgeldstrategie aus den Jahren 2009 und 2010. Für einen sauberen und starken Finanzplatz Schweiz.

Seite 11

Bewährtes nicht aufs Spiel setzen

Soll das Volk den Bundesrat direkt wählen? Oder droht so ein Dauerwahlkampf, eine Regierung, die sich nur um die eigene Wiederwahl kümmert? Mit grossem Mehr sprachen sich die Delegierten in Baden gegen die Volkswahl aus. Eine Auffassung, die auch unsere Parlamentarier teilen.

Seiten 20 bis 21

Schwyz FDP gegen Bundesrats-Volkswahl

Der Entscheid der Delegierten der FDP des Kantons Schwyz in Goldau fiel einstimmig. Die Schwyzer Liberalen wollen nicht, dass der Bundesrat künftig vom Volk gewählt wird. «Die Regierung wäre im Dauerwahlkampf und die Konkordanz in Gefahr», sagte Parteipräsidentin Petra Gössi.

«Dass in der Schweiz die höchsten Minister nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt werden, ist international ein Novum», sagte am Dienstagabend die Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann an der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen des Kantons Schwyz. Und dies sei zu ändern, meinte Estermann weiter. «Die Legitimation und das Ansehen des Bundesrates würden nämlich durch die Volkswahl steigen.»

Konkordanz wäre in Gefahr

Dies sieht die FDP-Kantonalpräsidentin, Nationalrätin Petra Gössi, ganz anders. «Mit der Volkswahl setzt sich der Bundesrat früher oder später selbst schachmatt.» Dass die Regierungsmitglieder innerhalb des Bundesrats ihre Meinungen vertreten, gegen aussen jedoch den Entscheid gemeinsam tragen, sei eine besondere Qualität unserer Demokratie. «Würde man dies ändern, müsste man sich Sorgen um die politische Stabilität machen», sagte Gössi weiter.



Ihre Argumente für eine Volkswahl des Bundesrates nützten an der FDP-Delegiertenversammlung in Goldau nichts. Die Luzerner Nationalrätin Yvette Estermann (vorne) zusammen mit Initiative-Gegnerin FDP-Kantonalpräsidentin, Nationalrätin Petra Gössi und FDP-Vizepräsident Christoph Weber.

BILD: ROGER BÜRGLER

Zudem wäre die Schweiz ein einziger Wahlkreis, und man würde einer Zentralisierung Vorschub leisten. Personen aus bevölkerungsdichten Kan-

tonen hätten Vorteile. Das Tessin würde kaum je mehr einen Bundesrat

Fortsetzung auf Seite 2

Präsidialwort von Petra Gössi

Keine Experimente mit unserem politischen System

Liebe Liberale

Die Forderung der Initiative «Volkswahl des Bundesrates» klingt in einem gewissen Sinne verlockend. Mehr Demokratie, mehr Mitspracherecht – wer befürwortet das nicht? Insbesondere wir Liberale! Doch die Konsequenzen wären fatal.

Bundesratskandidatinnen und -kandidaten müssten neu in 26 Kantonen und in vier Sprachregionen Wahlkampf betreiben. Unser Land wird zu einem einzigen Wahlkreis. Sowohl der finanzielle wie auch der mediale Aufwand werden immens. Solche Kandidaturen können sich nur noch Millionäre leisten, und ein Wahlkampfzir-



Petra Gössi

kus wie in den USA hält bei uns Einzug.

Die amtierenden Bundesräte werden neu zu Wahlkampflokomotiven ihrer Parteien, und Wahlveranstaltungen werden wichtiger als die eigentlichen Aufgaben. Die Kollegialität wird aus Eigeninteresse an Popularitätswerten zu Grabe getragen, und der Bundesrat wird gegeneinander statt miteinander arbeiten. Die Konkordanz – ein Eckpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz – wird in die Geschichtsbücher verbannt.

Eine Volkswahl bevorzugt aber auch bevölkerungsstarke Kantone. Kleine Kantone wie unser Kanton Schwyz haben kaum eine Chance, je

einen Bundesrat zu stellen. Mit zwei garantierten Sitzen für die lateinische Schweiz würden diese durch die Wählerstärke von der Romandie besetzt. Einen Tessiner Bundesrat wird es kaum mehr geben, und die Rätoromanen wurden in der Vorlage schlicht vergessen!

Setzen wir unser bewährtes politisches System also nicht für ein populistisches Experiment aufs Spiel. Sagen wir am 9. Juni Nein zur Volkswahl des Bundesrates!

Petra Gössi,
Kantonalpräsidentin
FDP.Die Liberalen
Kanton Schwyz

Fortsetzung von Seite 1

stellen können, und die Rätoromanen wurden schlicht vergessen. Im Weiteren gäbe es kaum mehr Brückenbauer im Bundesrat. Marktschreier wären im Vorteil, und es würde ein permanenter Wahlkampf herrschen. In der anschliessenden Diskussion votierte der frühere FDP-Kantonalpräsident Vincenzo Pedrazzini (Wollerau) mit dem Argument, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten überaus erfolgreich ist, und dies basiert auch auf dem Regierungssystem. Dies soll so bleiben. Die 77 Delegierten folgten der Empfehlung von Petra Gössi und sagten einstimmig

Nein zur Initiative Volkswahl des Bundesrates.

Deutliches Ja zum Asylgesetz

Nicht einstimmig, aber nur gerade mit zwei Gegenstimmen sagten die Delegierten Ja zum überarbeiteten Asylgesetz, über welches das Schweizervolk ebenfalls am 9. Juni abstimmte. Daniel Gabrieli, der neue Präsident der Jungfreisinnigen des Kantons Schwyz, stellte die Vorlage überzeugend vor. «Das heutige System funktioniert nicht», erklärte er. «Es dauert im Durchschnitt 284 Tage bis zu einer erstinstanzlichen Entscheidung bei einem Asylverfahren. Zudem haben die Asylgesuche letztes Jahr um 27 Prozent zugenommen und die Straffälligkeit der Asylanten gar um 39 Prozent.» Das überarbeitete Asylgesetz mit konkreten Lösungen für renitente Asylbewerber, Beschäftigungsprogramme, Entschädigungen für Kantone, Sicherheitspauschalen für Gemeinden ist für die FDP.Die Liberalen überzeugend, und daher fiel die Parolenfassung auch derart klar aus. Im Anschluss an die beiden Ab-



Wechsel in der FDP.Die Liberalen-Geschäftsleitung. Daniel Gabrieli (rechts) löste David Huber als Vertreter der Jungfreisinnigen ab.

BILD: ROGER BÜRGLER

stimmungsvorlagen erläuterte der frühere Kantonsrat und Mitglied der Verfassungskommission Martin Michel die aktuelle Situation rund um das zu schaffende Wahlgesetz. An der ordentlichen Generalversammlung wurde der neue Präsident der Jungfrei-

sinnigen, Daniel Gabrieli aus Schübelbach, als Nachfolger von David Huber (Wilten) in die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz gewählt.

Roger Bürgler

Parolen

Parole Volkswahl Bundesrat

Ja: 0

Nein: 77

Enthaltungen: 0

Parole Überarbeitetes Asylgesetz

Ja: 75

Nein: 2

Enthaltungen: 0

Karin Keller-Sutter am Herbstanlass

Auch wenn am traditionellen Herbstanlass der *FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz* die Geselligkeit vor der Politik steht, wird das Treffen doch immer von prominenten Gästen beehrt. So kamen bereits die Bundesräte Pascal Couchepin, Hans-Rudolf Merz und Didier Burkhalter in den Kanton Schwyz. Letztes Jahr hatte auf dem Stoons Parteipräsident Nationalrat Philipp Müller einen originellen Auftritt. Diesmal kommt mit der St.Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter eine der profiliertesten und populärsten



liberalen Politikerinnen des Landes an den FDP-Herbstanlass. Dieser findet am Samstag, 7. September, statt. Ort und Programm werden zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Roger Bürgler

Erneut wird der FDP-Herbstanlass von einem prominenten Gast beehrt. Am 7. September wird die St.Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter bei der *FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz* sein.

BILD: PD

FDP-Fraktion besucht Polizei

Was braucht es, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Kanton Schwyz sicher fühlen? Sicher eine gut aufgestellte und mit einem klaren Auftrag ausgestattete Polizei. Aus diesem Grund nahm die FDP-Fraktion als erste Partei in der laufenden Legislatur die Einladung der Kantonspolizei Schwyz an und stattete ihr einen informellen Besuch ab. Departementschef Regierungsrat André Rüegsegger begrüßte persönlich, und Polizeikommandant Oberstleutnant Lorenzo Hutter informierte über die Schwer-

punkte, Aufträge, Projekte, aber auch über die Anliegen, die Belastungen und Zukunftspläne des Korps. Anschliessend wurde den liberalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern vom Chef Zentraldienst Dirk Küttel das kommunikative Herzstück der Blaulichtorganisationen im Kanton gezeigt, und Pascal Arnold (Gruppenleiter Hauptposten Schwyz) demonstrierte in der Tiefgarage die zwei Fahrzeugtypen und das beeindruckende Materialarsenal der Einsatzfahrzeuge. Die liberalen Gäste

hatten allerhand Fragen, und Fraktionspräsidentin Sibylle Ochsner (Galgenen) zog folgendes Fazit: «Wir konnten uns beim Besuch davon überzeugen, dass unsere Kantonspolizei sehr gute Arbeit leistet. Dazu sind auch optimale Rahmenbedingungen, zeitgemässe Ausrüstungen und eine gute Ausbildung wichtig. Der Kanton Schwyz hat in diesen Fragen seine Hausaufgaben gemacht und hat dies auch in Zukunft zu tun.»

Roger Bürgler



Zu Besuch bei der Kantonspolizei. Pascal Arnold (Gruppenleiter Hauptposten Schwyz) erklärt den FDP-Fraktionsmitgliedern Röbi Gisler (von links), Paul Hardegger, Ruedi Imlig, Kantonsratsvizepräsidentin Doris Kälin und Bruno Sigrist die Einsatzmittel. Ganz rechts: Polizeikommandant Lorenzo Hutter.

BILD: ROGER BÜRGLER

Kolumne

Renaissance der Eigenverantwortung



Das Delegieren von Aufgaben für die Gemeinschaft an den Staat muss vermehrt hinterfragt werden. Der Bereich der Pflege

und Versorgung der alten Menschen zeigt auf, dass eigenverantwortliches Handeln vermehrt gefragt ist. Die demografische Entwicklung zwingt uns dazu, diese urliberale Tugend vermehrt wieder aufleben zu lassen. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Bis zum Jahr 2035 rechnet man mit einer Verdoppelung der Anzahl Menschen im Alter über 65. Um als Gesellschaft diese immense Herausforderung bewältigen und finanzieren zu können, ist eine Renaissance des eigenverantwortlichen Handelns nicht nur eine mögliche Lösung, sondern sie ist die Lösung. Und sie muss dringend auch in anderen Bereichen staatlichen Handelns wieder vermehrt zum Zug kommen, wollen wir kommende Generationen vor immensen finanziellen Lasten bewahren. Ein schlanker Staat verlangt jedoch wieder die Bereitschaft, für sein Leben und für die Gemeinschaft Eigenverantwortung zu übernehmen. Nur noch etwa ein Drittel der Bürger leistet Freiwilligenarbeit; zu viel wird an den immer fetter werdenden Staat delegiert, der immer häufiger persönliche Bedürfnisse befriedigt statt zwingenden Bedarf deckt.

Libérale Grundsätze sind gefragt: Mehr Eigenverantwortung übernehmen bedeutet letztlich mehr Freiheit.

Sibylle Ochsner,
Fraktionspräsidentin

Interessieren Sie sich für ein Inserat im Schwyzer «Freisinn»? Wir bieten bei einer Auflage von 3500 eine interessante Werbepattform für jedes Werbebudget. Gleichzeitig unterstützen Sie mit Ihrem Inserat die Parteikasse. Für genauere Informationen bitten wir Sie um Kontaktaufnahme: Angelika Hug, 078 645 48 30 oder angelika.hug@bluewin.ch.

Lachen – Hochburg des liberalen Widerstandes

Die liberalen Kräfte, welche dem Kanton Schwyz ein solides Fundament schufen und den Schwyzerinnen und Schwyzern ein Leben in Freiheit und Selbstverantwortung bescherten, haben sich oft in Lachen formiert. Lachen anerbot sich daher auch als Hauptort des Kantons Schwyz äusseres Land. Schlechthin galt Lachen während Jahrzehnten als liberales Widerstandsnest im Kanton Schwyz. Diesem Erbe ist die *FDP.Die Liberalen Lachen* heute noch verpflichtet.



Luzi Schnidrig, Aktuar



Marie-Eve Hofmann, Medienbeauftragte



Martin Michel, Präsident



Stefan Züger, Kassier

Die *FDP.Die Liberalen* in Lachen zählt auf eine gut 25-prozentige Wählerschaft. Sie liegt damit im Kanton im guten Durchschnitt. Aber den Liberalen gelingt es immer wieder, hervorragende Persönlichkeiten in den Dienst ihrer Bürger zu stellen. So stellt die *FDP.Die Liberalen* aktuell 3 von 7 Gemeinderäten. Das Gemeindepräsidium ist seit Jahren in liberaler Hand (mit Ausnahme eines Interregnums von 4 Jahren). Auch im Bezirk und Kanton haben engagierte und feurige Lachner Liberale in allen Gewalten gewirkt. Nicht umsonst attestierte jüngst Dr. Iwan Rickenbacher den Lachnern, dass sie «stärker mit der Welt verbunden sind als andere». Zweifellos dachte er dabei an die Personen aus dem Kreis der Liberalen.

Auch in Bezug auf Sachthemen scheuen sich die Liberalen Lachens nicht, ihre modernen Ideen und nachhaltigen Meinungen offen kundzutun. Sie erheben ihre Stimme in den Medien und in den Gemeindeversammlungen. Sie bringen sich aber auch in Kommissionen und Arbeitsgruppen ein. Und nicht zuletzt manifestieren die Liberalen ihre Haltung von Frei-

heit und Selbstverantwortung in ihren zahlreichen Führungsaufgaben im Gewerbe und in den Vereinen.

Lachen braucht die Liberalen, die mit klarem Verstand und mit einem grossen Herz für Land und Leute den Herausforderungen der heutigen Zeit begegnen. Und deren gibt es viele. So

verlangt die Zukunft überregionale Zusammenarbeit. Schaffung von Arbeitsplätzen und effiziente Raumplanung, gute Bildungsangebote, finanzierbare Gesundheitsversorgung sowie sichere Pflege und Betreuung im Alter dürfen nicht mehr durch Gemeindegrenzen behindert werden.

Solche und viele andere Herausforderungen verlangen mehr überregionales Denken. Dabei dürfen nicht einfach dem Staat neue Aufgaben in die Schuhe geschoben werden, vielmehr müssen die Bürger in Eigenverantwortung eine Herausforderung meistern. Genau dafür stehen wir Liberalen ein, und dafür kämpfen wir.

Standaktion der *FDP.Die Liberalen Lachen*.

Die *FDP.Die Liberalen Lachen* hat drei Wünsche

1. Mitdenken und mitreden. Die Bürger sollen sich wieder vermehrt mit der öffentlichen Sache befassen und ihre Meinungen offen einbringen.

2. Zukunft planen. Die Bürger sollen dem Schicksal nicht freien Lauf lassen. Es gilt, die Herausforderungen zu erkennen und dafür selber geeignete Massnahmen zu treffen.

3. Liberal handeln. Selbstverantwortlichem Handeln des Bürgers soll immer der Vorrang vor staatlichem Eingriff gegeben sein. Massnahmen, die das Eigentum stärken und den Wettbewerb fördern, sind stets vorzuziehen.

FDP.Die Liberalen Lachen